

Presseerklärung zur Inklusion – aktuell in der Stadt Hannover

Der Gesamtschulverband unterstützt die Hannoveraner Gesamtschulen in ihrer Kritik an der Verteilung der Inklusionskinder in Hannover. Bereits vor der letzten Landtagswahl formulierte die GGG als Forderung:

„Jede Schule wird verpflichtet, Inklusions- und Flüchtlingskinder zu beschulen. Dazu werden über das Stadtgebiet / das Einzugsgebiet Quoten ermittelt. Jede Schule nimmt im Rahmen dieser Quote entsprechende Kinder auf.“

Inklusion und Integration von Flüchtlingskindern sind eine gesellschaftliche Herausforderung und Aufgabe für jede Schulform. Gesamtschulen und Oberschulen (und da, wo es sie noch gibt: Hauptschulen) schultern diese Herausforderungen ganz überwiegend. Die Schulformen Gymnasium/Realschule entziehen sich an vielen Standorten dieser Verantwortung für alle. Freier Elternwille und ablehnende Haltung bei Aufnahmegesuchen dieser beiden Schulformen führen zu einer sehr einseitigen Verteilung. Hier muss der Staat (Land Niedersachsen und Schulträger) regelnd eingreifen.

Es war endlich Zeit, dass der Elternwille auch für diejenigen Eltern gilt, die Kinder mit besonderen Dispositionen haben. Inklusion ist Menschenrecht. Die Umsetzung des Inklusionsgedanken im konkreten Schulalltag wird aber erschwert, wenn fast ausschließlich - wie in Hannover – die Gesamtschulen als alleinige Schulform diese Herausforderung meistern sollen. Und wenn man bei der Umsetzung von Inklusion von „Belastung“ redet: Nicht die Kinder sind damit gemeint. Die sind willkommen. Es sind Faktoren wie die z.T. zu hohe Anzahl und die fehlenden Ressourcen, die den schulischen Alltag belasten.

Die für Hannover geschilderte Situation ist die logische Folge eines gegliederten Schulsystems, in dem „Lasten“, Herausforderungen und Aufgaben sehr unterschiedlich verteilt sind.

Von Seiten der Landesregierung und des Schulträgers das Prinzip des Elternwillens als Vorwand zu nehmen, um gar nicht zu handeln, ist jedoch die Kapitulation vor der Gestaltungsaufgabe, die Politik nun einmal hat.

Deshalb muss die abwehrende Haltung gegenüber Inklusion an Gymnasien abgebaut werden.

Deshalb muss die Schule, die sich in besonderer Weise den gesellschaftlichen Herausforderungen stellt, in besonderer Weise Unterstützung erfahren, z.B. in Form von besseren Ressourcen bei Personal und zusätzlichem Schulraum.

Genau dies geschieht allerdings nicht bzw. nur in kleinen Schritten. Immerhin ist es auf das Drängen des Gesamtschulverbandes zurückzuführen, dass inzwischen auch Förderschullehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen eingestellt werden können.

Aber das reicht bei Weitem nicht aus. Wir brauchen kleinere Klassen und eine bessere Unterrichtsversorgung, um die Aufgaben, vor denen sich die Gesamtschulen im ganzen Land gestellt sehen, auch zu meistern. Die Inklusion gehört für uns dazu.

Vorsitzender
GGG Landesverband Niedersachsen

Andreas Meisner